

Delegation der FUAL in der *Chambre des Députés* von der *Commission de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural* empfangen

Am 27. November 2008 wurde eine Delegation der FUAL (Robi Bour, Roger Dammé, Georges Gidt und Lex Kraus) von der Chamberkommission Landwirtschaft empfangen. Anlass für diesen Termin waren die erhöhten Bienenverluste in Luxemburg sowie die Bienenvergiftungen in Italien und Süddeutschland.

Schätzungen zufolge beliefen sich die Verluste in Luxemburg auf rund 30%, was in etwa auch dem europäischen Durchschnitt entspricht. Die hohen Bienenverluste waren am 19. November 2008 übrigens auch Gegenstand einer Debatte im Europaparlament (EP).

Diese Verluste haben auch einen Einfluss auf die Honigproduktion, welche auf den tiefsten Stand seit 1997 gefallen ist, sowie auf die Zahl der aktiven Imker, welche weiterhin rückläufig ist.

Die hohe Sterblichkeitsrate hat mehrere Ursachen, u.A:

Durch die **Varroamilbe** und die damit übertragenden Virenkrankheiten gehen weiterhin Völker zugrunde. Doch durch das FUAL Zuchtprogramm, die Kurse über die Varroabehandlung, die guten Kontakte mit der Veterinärverwaltung und die finanzielle Unterstützung des Staates stehen die Luxemburger Imker überdurchschnittlich gut da im Vergleich zu vielen europäischen Imkerkollegen.

Ein gutes **Pollenangebot** ist für die Bienen lebenswichtig. Das Verschwinden der Ackerbrachen, die Silagepraktiken in der Landwirtschaft, das Mähen und Abspritzen entlang der Wege und Strassen von Seiten vieler Gemeinden und der Ponts-et-Chaussées bewirken den steten Rückgang des Pollenangebots.

Pestizide: In regelmäßigen Abständen kommen Völker durch falsch eingesetzte Spritzmittel zu Schaden. Die mittlerweile flächendeckend eingesetzten Saatgutbeizungen haben das Potential einer permanenten, schleichenden chronischen Vergiftung.

Jede der diese Ursachen allein hat das Potential unsere Bienen zu schwächen, respektiv zu schädigen. Niemand kann allerdings heute sagen welche dieser Ursachen die wichtigste ist. Sicher ist allerdings, dass wenn viele Faktoren gleichzeitig zusammen kommen es zu erhöhten Verlusten kommt.

Die Ursache der Bienenvergiftungen in Süddeutschland wurde den Abgeordneten ausführlich dargestellt. Bei der Maissaat wurde eine Fläche von mindestens 27.000 ha mit dem Wirkstoff Clothianidin verseucht und über 11.000 Bienenvölker vergiftet. Die Landesregierung Baden-Württembergs hatte sich über eine Entscheidung der EU (766/2003) hinweggesetzt, welche ausdrücklich vorschreibt, dass beim Auftauchen vom Maiswurzelbohrer während 2 Jahren kein Mais mehr auf den betroffenen Flächen angebaut werden dürfe. Anstelle der Fruchtfolge wurde der Einsatz des Mittels Poncho© Pro angeordnet.

Recherchen des Deutschen Berufsimkerbundes haben ergeben, dass die Probleme schon seit 2002 (!) bekannt waren. In zweifelhaftem Licht erscheint

auch die Tatsache dass Vertreter mehrerer Deutschen Bieneninstitute auch schon seit längerem davon wussten.

Wir wiesen auch auf die Wichtigkeit einer unabhängigen Forschung hin: Ziel einer jeden privaten Firma ist es Geld zu verdienen. Die Firma Bayer Cropscience investiert Milliarden von Euro in die Forschung um neue Pestizide herzustellen und zu vermarkten, was legitim ist. Niemand kann von Bayer verlangen Gelder in die Forschung auf dem Gebiet der Fruchtfolge zu investieren wenn sie als Folge davon weniger Produkte verkaufen würde! Deshalb ist eine unabhängige, mit öffentlichen Mitteln finanzierte Forschung auf diesem Gebiet wichtig.

Eine Landwirtschaft ohne Einsatz von Pestiziden ist augenblicklich nicht möglich. Die Testverfahren im Rahmen der Zulassung von neuen Pestiziden müssen allerdings im Hinblick auf die Bienenverträglichkeit sowie die Gesundheit der Bevölkerung verbessert werden.

Hier besteht das Problem darin, dass es die Pflanzenschutzmittelindustrie ist, welche die Testverfahren ausarbeitet, welche später von der EU in einer Richtlinie vorgeschrieben werden. Gleichzeitig es aber wieder die Industrie welche die Tests anschließend auch durchführt. Hier liegt ein Interessenkonflikt vor, dessen sich die Politik annehmen muss.

Wir wiesen darauf hin, dass die neurotoxischen Wirkstoffe wie Imidacloprid oder Clothianidin, welche als Beizmittel bei Raps, Mais usw. eingesetzt werden

- nachweislich in Pollen und Nektar vorhanden sind,
- schon in geringsten Mengen bei Bienen zu Verhaltenstörungen führen,
- mittlerweile systematisch und flächendeckend eingesetzt werden,
- sich in Boden und Grundwasser akkumulieren,

und somit nicht kompatibel mit den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung sind.

Wir wiesen auch noch einmal auf die Problematik der Gentechnik in der Landwirtschaft hin. Auch wenn wir froh sind, dass die Imker in der neuen Gesetzgebung berücksichtigt werden, würden die Imker im Falle des Anbaus die ersten Leidtragenden sein. Das beste Beispiel ist der Fall eines deutschen Imkers, welcher seinen mit MON810 verunreinigten Honig durch einen gerichtlichen Beschluss vom Markt nehmen musste.

Nachdem wir noch auf die Wichtigkeit aller bestäubenden Insekten hingewiesen hatten, wiederholten wir unsere Forderungen:

1. Die Anmeldung für die Bienenvölker soll von der Veterinärverwaltung Anfang April durchgeführt werden, um auch die Winterverluste erfassen zu können.
2. Wir bestehen auf eine detaillierte Analyse der Bienenverluste

3. Der Einsatz der neurotoxischen Pestizide soll untersagt werden, solange die Testverfahren nicht im Hinblick auf die Bienentoxizität hin überarbeitet sind.
4. Die Biodiversität soll durch aktive Förderung der Ackerbrachen seitens des Landwirtschaftsministeriums gewährleistet werden.
5. Die öffentliche Forschung muss unterstützt werden, und das vom CRP Gabriel Lippmann mit der FUAL ausgearbeitete Projekt zur Einschätzung der Bienengesundheit in Luxemburg muss gestartet werden.
6. Der Anbau der gentechnisch veränderten Maissorte MON810 muss verboten werden.
7. Das bestehende Regelwerk von 1973 über die Marque Nationale soll den heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

Obwohl vom Präsidenten der Chamberkommission eingeladen, waren bedauerlicherweise weder Minister Boden, noch Staatssekretärin Modert, noch ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums der Einladung gefolgt.

Roger Dammé